

Innovation um jeden Preis?

MARCUS KREIKEBAUM*

Rezension zu Gerd Hanekamp (2007) (Hrsg.): Business Ethics of Innovation, Berlin: Springer.

Innovationen gelten als die Erfolgsfaktoren wirtschaftlicher Entwicklung. Doch was „neu“ auf den Markt kommt, ist deswegen nicht automatisch „besser“, wenngleich uns das permanent suggeriert wird. Tatsächlich muss jede ernst zu nehmende Innovation eine stichhaltige Begründung aufweisen. Warum ist diese Neuerung von Vorteil, für wen und wie lange? Fragen wie diese reflektieren nicht nur die neue Produktidee, sondern auch ihren distributiven und zeitlichen Rahmen. Sie sind für den strategischen Entscheidungsprozess in Bezug auf Innovationen unerlässlich. Dies gilt besonders dann, wenn diese mit politischen oder gesellschaftlichen Fragestellungen verknüpft sind.

Einen Versuch, unternehmensethische und unternehmerische Perspektiven von Innovationen in Theorie und Praxis zusammen zu denken, unternimmt der für den Wissenschaftsrat tätige Gerd Hanekamp mit dem Sammelband „Business Ethics of Innovation“. Die einzelnen Beiträge behandeln generell die Einflussmöglichkeiten der Unternehmensethik auf den Innovationsprozess und speziell Innovationen im pharmazeutischen Sektor und im IT-Bereich.

Nach Ansicht des Herausgebers sind Innovationen nicht nur für Unternehmen von Interesse, sondern auch für die Bürger, Konsumenten sowie Politik und Gesellschaft. Während Unternehmen dabei vornehmlich auf die Entwicklung neuer Lösungen konzentriert sind, die sie entlang von strategisch gewählten Ein- und Ausschlusskriterien entwickeln, richten sich die gesellschaftlichen Interessen eher auf Fragen der Zugänglichkeit und Verteilungsgerechtigkeit sowie auf die politischen Implikationen einer Erfindung und deren Umsetzung. Hanekamp fordert die Unternehmen auf, diese politischen und gesellschaftlichen Interessen stärker in ihre Innovationstätigkeit einzubeziehen. Für die Lösung ethischer Konflikte schlägt er ein heuristisches Verfahren vor, das einen Konflikt sowohl nach philosophischen als auch pragmatischen Gesichtspunkten durchleuchtet.

Doch warum sollten sich Unternehmen überhaupt gesellschaftlich engagieren? Horst Steinmann (Universität Erlangen-Nürnberg) beantwortet diese Frage mit einem Zitat von John Ruggie zu den ordnungspolitischen Lücken einer global agierenden Wirtschaft. Ruggie entwickelte im Auftrag von Kofi Annan den UN Global Compact, in dem sich die Unternehmen auf zehn universale Prinzipien zur Wahrung der Menschenrechte und fairen Arbeitsbedingungen verpflichten. Wirksamstes Instrument des

* Dr. phil. Marcus Kreikebaum, Institut für Unternehmensethik, European Business School, Rheingaustr. 1, D-65375 Oestrich-Winkel, Tel.: +49-(0)6723-991-293, Fax: +49-(0)6723-991-233, E-Mail: marcus.kreikebaum@ebs.edu, Forschungsschwerpunkte: Service Learning, Social Innovation & Entrepreneurships, Online-Volunteering.

UN Global Compact ist die Bildung von sog. Public-Private Partnerships, bei denen Unternehmen im Kerngeschäft ihrer Tätigkeit eng mit staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten. Entsprechend definiert Steinmann die Unternehmensethik als Mittel, zu diesen und anderen Formen der Vermittlung und der friedlichen Lösung der besonderen Konflikte zwischen den jeweiligen Unternehmensinteressen und den gesellschaftlichen Interessen beizutragen. Welche Rolle die unternehmensinterne Forschung und Entwicklung dabei spielen soll, bleibt jedoch offen.

Das ist bedauerlich, denn für Unternehmen, die ihre Innovationstätigkeiten als gesellschaftliche Akteure gestalten wollen, ergeben sich eine Reihe von Implikationen, die sowohl zum besseren Verständnis für die öffentliche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen und zur Entwicklung von praktischen Ansätzen für deren Umsetzung beitragen können. Darauf weisen Dirk Matten und Andrew Crane (Schulich School of Business) hin, die in ihrem Beitrag zunächst ein allgemeines Modell einer bürgerschaftlichen Rahmenordnung für Unternehmen entwerfen und dies dann am Beispiel von Innovationstätigkeiten diskutieren.

Als gesellschaftliche Akteure treten Unternehmen demnach meist dann öffentlich in Erscheinung, wenn sie neue Technologien bereitstellen und nutzen, z. B. im Bereich der Stammzellenforschung oder durch die Verwendung von genetischen Daten im Versicherungswesen. Ein Schlüssel zur Lösung und Vorbeugung von akuten Konflikten bei der Einführung oder Nutzung von neuen Technologien ist nach Matten/Crane die Einbeziehung der betroffenen Interessengruppen, etwa nach den oben skizzierten Public-Private Partnerships.

Einen direkten gesellschaftlichen Einfluss üben Unternehmen z. B. dann aus, wenn sie durch innovative Geschäftstätigkeiten entweder direkt oder indirekt fundamentale Bürgerrechte verletzen oder schützen. Das wird besonders in jenen Ländern deutlich, in denen Bürgerrechte wenig beachtet werden, etwa im Falle eines chinesischen Dissidenten, der verhaftet wurde, weil das Unternehmen Yahoo seine Daten nicht schützte, sondern an die chinesischen Behörden weitergab. Unternehmerische Innovationen können zudem die Rechte anderer Bürger einengen oder ausweiten. Letzteres würde etwa dann zutreffen, wenn ein Unternehmen ein hohes Maß an Verantwortung, z. B. für die Nutzung ihrer Güter und Dienstleistungen für Kinder, übernehmen würde. Statt Kinder lediglich als Kundensegment zu behandeln, würde etwa speziell auf die besonderen Schutzrechte geachtet, z. B. beim Surfen im Internet oder dem Nutzen von Chatrooms.

Mit der Pharmaindustrie hat sich der Herausgeber für einen praktischen Schwerpunkt entschieden, dessen moralisches Dilemma zwischen ökonomischer Logik und humaner Ethik eine Nagelprobe für ein gesellschaftlich verantwortliches Innovationsmanagement darstellt. Denn Gesundheit ist ein anerkanntes öffentliches Gut. Medikamente werden jedoch in erster Linie nicht für Patienten entwickelt, die diese am nötigsten brauchen, sondern für jene, die sie bezahlen können. Auf diesen Umstand weist Michael J. Selgelid (Australian National University) hin, der die pharmazeutischen Forschungsprioritäten im Spannungsfeld von Gewinnmaximierung und dem Gemeinwohl im Fall von penicillinresistenten Krankheiten diskutiert. Selgelid führt an, dass weniger als 10 Prozent der gesamten medizinischen Forschung in 90 Prozent der

weltweit vorherrschenden Krankheiten investiert wird, während sich mehr als 90 Prozent der medizinischen Forschung auf nur jene 10 Prozent aller Krankheiten richtet, deren Bekämpfung sich auch als profitabel erweist. Dies reflektiert nach Ansicht des Autors, dass die medizinisch-pharmazeutische Forschung grundsätzlich eher auf die Generierung von Gewinnen ausgerichtet ist, denn auf die Aufhebung der weltweit wichtigsten medizinischen Notstände – und dass die Arzneien, die profitabel sind, nicht mit denen korrelieren, die aus Sicht der Weltgesundheitsorganisation am notwendigsten sind.

Dass dabei Probleme im gravierenden Ausmaß entstehen können, zeigt die weltweit zunehmende Resistenz auf Antibiotika, die hauptsächlich Folge einer falschen, entweder übertriebenen oder untertriebenen Verabreichung ist und langfristig zu verheerenden Epidemien führen kann. Selgelid diskutiert verschiedene Maßnahmen zur Lösung dieses Problems, wie etwa eine bessere Patientenaufklärung, die öffentliche Kontrolle der Verschreibungspraktiken, Reduzierung des Gebrauchs von Antibiotika in Futtermitteln und die Subventionierung des Bezugs von Antibiotika für ärmere Schichten. Von überragender Wichtigkeit sei jedoch die Entwicklung von neuen Mitteln und Impfstoffen, die seit Jahrzehnten aufgrund der oben genannten 90/10 Unterscheidung stagniere.

Offensichtlich, so resümiert Selgelid, habe die bisherige Innovationspraxis nicht zu dem gewünschten Ergebnis einer weltweit besseren medizinischen Versorgung geführt. Er plädiert daher für die Entwicklung von neuen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die bisherige Patentrechtpraxis. Als Beispiel führt er die Ansätze von Michael Kremer und Thomas Plogge an. Beide schlagen vor, dass die reichen Länder und Wohlfahrtsorganisationen eine Vorabgarantie zur Belohnung jener Innovationen geben, die aus Sicht der Weltgesundheitsorganisation am wichtigsten sind. Der Charme solcher Pull-Programme liegt darin, dass sie Profit-Maximierung und humanitäre Hilfe miteinander kompatibel machen könnten. Allerdings würde es des politischen Willens und einer großen finanziellen Verpflichtung von Stiftungen und Regierungen bedürfen, um solche Programme zu etablieren.

Es liegt auf der Hand, dass die pharmazeutische Industrie selbst ein großes Interesse an der Einrichtung von alternativen Incentive-Schemata haben sollte. Denn aufgrund ihres besonderen Produkts „Gesundheit“ ist diese Branche seit ihrem Bestehen mit einer Reihe von humanethischen Fragen konfrontiert. Margaret Eaton (Stanford) klassifiziert die für die Pharmaindustrie relevanten ethischen Problemstellungen im frühen 21. Jahrhundert. Wie hoch sollte der Einfluss der Pharmaunternehmen auf die Grundlagenforschung sein? Sollten negative Studien zu Neuentwicklungen verschwiegen oder uminterpretiert werden dürfen? Weitere Fragen berühren das Riskomanagement, den Missbrauch von Versuchspatienten und die Kompensierung bei Folgeschäden. Auch Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und der Preisgestaltung sowie der Werbung und des Marketings werden aufgeworfen. In den USA verfügen die großen Pharmaunternehmen aufgrund der Komplexität dieser Fragestellungen meist über interne Ethics-Offices, die vorrangig die Legalität der Geschäftstätigkeit (compliance) gewährleisten sollen. Einige Unternehmen haben interne Komitees vor denen das Ethics-Office Rechenschaft ablegen muss, oder beschäftigen externe Berater oder Beraterkomitees. In jedem Fall täten laut Margaret Eaton die Pharmaunternehmen gut

daran, ethische Perspektiven in ihre Geschäftstätigkeit zu integrieren, denn dadurch könnten sowohl ökonomische als auch soziale Zielsetzungen angestrebt und verwirklicht werden, sei es im Bereich der verantwortlichen Entwicklung und des Marketings, der Unterstützung der medizinischen Versorgung oder der wichtigen sozialen Vorteile durch pharmazeutische und bio-technologische Entwicklungen.

Doch können multinationale Pharma-Unternehmen überhaupt gute Unternehmensbürger werden? Andreas Seiter (World Bank) stellt die Gretchenfrage des Schwerpunktthemas. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Unternehmen sehr wohl eine bedeutsame Rolle als Partner für globale Entwicklungsstrategien spielen könnten – vorausgesetzt man ließe sie. Zu viele Vorbehalte bei einflussreichen NGOs und Regierungen würden die Bildung von Public-Private Partnerships vielerorts noch verhindern. Gefragt sei daher ein Denken „außerhalb der eigenen Box“ und das Überwinden der eigenen Widerstände, um private Unternehmen als vollwertige Partner für eine gesellschaftliche Entwicklung zu akzeptieren.

Der grundlegende Tenor dieses Forschungsbands lässt sich als Suche nach der optimalen Synthese zwischen Innovationen, Geschäftsmodellen und einer entsprechenden Unternehmensethik beschreiben. Mit einer solchen Synthese beschäftigt sich auch Markus Nüttgen (Universität Hamburg), der urheberrechtliche Fragen bei Open-Source-Modellen im IT-Bereich diskutiert. Er argumentiert überzeugend, dass der Verzicht auf die Urheberrechte bzw. Patente im Fall von innovativen Softwareentwicklungen keine Frage der Ethik, sondern des Geschäfts sei. Denn die große Anzahl von Nutzern und Entwicklern mache diese Systeme nicht nur robuster und weniger störanfällig, sondern auch unabhängig von der Kontrolle der eigenen Systeme durch ein anderes Unternehmen. Im Sinne einer ökonomischen Ethik wird die ethische Fragestellung in die Verwirklichung der genuinen Vorteile des freien Marktes „Internet“ überführt.

Damit ist noch nichts über die Verwendung von Open-Source-Modellen, etwa im Fall von Kinderpornographie oder suchtgefährdenden Spielen für Jugendliche gesagt. Als Prozess der Umsetzung von Ideen in Produkte ist die Innovation wertfrei. Doch im konkreten Fall ist immer zu prüfen, ob es sich dabei um eine – auch in gesellschaftlicher Hinsicht vernünftige – Neuerung handelt oder gar um die Ermöglichung bzw. Beförderung einer gesellschaftlichen Perversion. Brauchbare normative Kriterien für eine solche Unterscheidung liefert dieser Band allerdings größtenteils nicht. Sie müssen wohl erst noch entwickelt werden.